



Niederschrift

24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.08.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk	SPD	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Frau Anna Lüdcke	CDU	
Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	ab 17:05 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD	
Herr Dr. phil. Wieland Niekisch	CDU	
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Mike Schubert	Oberbürgermeister	entschuldigt
gem. § 56 Abs. 2 BbgKVerf geht das Stimmrecht auf seine Vertretung über; hier auf die Beigeordnete Frau Aubel		

Ausschussmitglieder

Frau Imke Eisenblätter	SPD	entschuldigt
Herr Daniel Keller	SPD	entschuldigt
Herr Götz Thorsten Friederich	CDU	entschuldigt
Frau Jenny Pöller	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.06.2020
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0439
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung
- Wiedervorlage –
- 3.2 Vorschläge zur Besetzung des ehrenamtlichen Richteramts am Sozialgericht
Potsdam und am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Vorlage: 20/SVV/0492
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
- Wiedervorlage –
- 3.3 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung des Integrierten
Leitbautenkonzepts, Vergabeverfahren für den Block IV
Vorlage: 20/SVV/0476
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.4 Sitzungskalender 2021
Vorlage: 20/SVV/0524
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.5 Beachvolleyballangebot im Volkspark erweitern
Vorlage: 20/SVV/0529
Fraktion CDU
zur Erledigung
- 4 Abberufung eines Mitglieds des Naturschutzbeirats
Vorlage: 20/SVV/0798
Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Information zu strategischen Fragen und Standorten der Deutschen Post AG
- 5.2 Informationen zum Tag der Deutschen Einheit 2020
- 5.3 Beitritt zum Zweckverband "digitale Kommunen Brandenburg"
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit des Oberbürgermeisters eröffnet Frau Armbruster als stellvertretende Vorsitzende die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2020

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Armbruster, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt sie vor:

- den Tagesordnungspunkt 5.1 – vor den Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, da Frau Brandes-Herlemann bereits anwesend ist und
- den Tagesordnungspunkt 3.2 - Vorschläge zur Besetzung des ehrenamtlichen Richteramts am Sozialgericht Potsdam und am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg im nicht öffentlichen Teil aufzurufen, um Fragen zu den benannten Personen beantworten zu können.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 24.06.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 5.1 Information zu strategischen Fragen und Standorten der Deutschen Post AG

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt die stellvertretende Vorsitzende, Frau Armbruster, die Politikbeauftragte der Deutschen Post AG, Frau Brandes-Herlemann.

Anschließend gibt Frau Brandes-Herlemann an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) einen Überblick über die Infrastruktur der Deutschen Post AG, die Leistungen und den Service sowie die Ziele zur Senkung der logistikbezogenen Emissionen. Im Weiteren geht sie auf das Digitalisierungsprogramm, die Packstationen als Element der nachhaltigen und umweltfreundlichen Logistik und die Standorte der Paketshops und Postfilialen in der Landeshauptstadt ein.

Diesbezüglich sei es das Ziel, im Ortsteil Fahrland eine Partnerfiliale und eine Packstation einzurichten. Besonderes Augenmerk werde auf den Filialstandort am Stern-Center gelegt, um dort eine Partnerfiliale einzurichten. Die Immobilie sei bereits angemietet und werde umgebaut. Außerdem werden Lösungen für die Filiale in der Berliner Vorstadt gesucht, die wie die Filiale in Bornim derzeit nur mit sehr eingeschränkten Öffnungszeiten zur Verfügung stehe.

In der sich anschließenden Diskussion verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Problematik der Filiale im Stern-Center für die längere Zeit keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden wurde. Der jetzt vorbereitete Standort sei gut und sollte mit dem „vollen Angebot“ und entsprechenden Öffnungszeiten zur Verfügung stehen. Frau Brandes-Herlemann entgegnet, dass nur postalische und keine Bankleistungen angeboten werden. Die Öffnungszeiten werden der Nachfrage entsprechend geregelt und sollen den Kundenwünschen entsprechen. Auf Nachfrage von Frau Dr. Zalfen betont sie, dass sich die Ausgabe von Paketen verstärkt habe; das Bankgeschäft an sich aber rückläufig sei.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Armbruster, bedankt sich für die Ausführungen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 20/SVV/0439

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung
- Wiedervorlage -

Frau Dr. Müller erläutert eingangs die Zielrichtung des Antrags und schlägt vor, die Berichterstattung über deren Umsetzung mit der zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitenden zu verbinden.

Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, begrüßt diesen Vorschlag. Die Berichterstattung ist für den November 2020 geplant, so dass zur Frage Co-Leadship erst einmal ein Zwischenbericht erfolge. Die Mitarbeitenden seien diesbezüglich bereits „gut unterwegs“ und es gebe auch eine Teststelle in

der Verwaltung. Dem Thema stehe die Verwaltung aufgeschlossen gegenüber; nicht zuletzt um die Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Leitungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam geeignet sind, dass sie von zwei Mitarbeitenden besetzt werden können, indem sich zwei Mitarbeiter*innen eine Führungsrolle teilen. Dabei soll auch dargestellt werden, welche Rahmenbedingungen noch geschaffen werden müssten, um Führungsaufgaben als Co-Leadship zu besetzen. Die Prüfung soll neben den Führungsstellen auch die Stellen für Mitarbeitenden umfassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 3.2 Vorschläge zur Besetzung des ehrenamtlichen Richteramts am Sozialgericht Potsdam und am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Vorlage: 20/SVV/0492**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
- Wiedervorlage -

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt im nicht öffentlichen Teil. Im Ergebnis wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Potsdamerin Frau Yvonne Fräder, geboren am 03.06.1972, wird dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg zur Berufung als ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Potsdam vorgeschlagen.
2. Die Potsdamer Herr Peter Baumgart, geboren am 16.06.1945, sowie Frau Amina Günther, geboren am 16.07.1968, werden dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg zur Berufung als ehrenamtliche Richter am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

**zu 3.3 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung des Integrierten Leitbautenkonzepts, Vergabeverfahren für den Block IV
Vorlage: 20/SVV/0476**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist auf die ausführliche Diskussion dieser Vorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Anschließend erläutert Herr Nicke, Geschäftsführer Pro Potsdam, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigelegt) das Vergabeverfahren Block IV, einschließlich der Ziele für die Gesamtentwicklung und die Verfahrensgrundsätze.

Los 1 werde mit der Bindung für mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsbau und Nutzung für Erweiterung Bibliothek sowie öffentliche medien-, bibliotheks- und kulturräffine Nutzungen an die ProPotsdam vergeben; Los 2 mit der Bindung für studentisches Wohnen an das Land Brandenburg oder einen geeigneten Partner. Die Konzeptvergabeverfahren Los 3 und 4 erfolgten auf der Grundlage des Nutzungskonzeptes (Flächenanteil privilegierter Nutzungen und Dauer der Bindung) und die Auswahl nach Bestbieter und mit Anhandgabe und Auswahl von Nachrückern. Im Weiteren erläutert Herr Nicke die Erarbeitung der Baukonzepte und die wettbewerblichen Gutachterverfahren sowie die geplante Zeitschiene.

Herr Dr. Scharfenberg betont in der anschließenden Diskussion, dass die Zielstellung ja darin bestehe, möglichst viel und dauerhaften bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Voraussetzung für den Zuschlag seien u.a. die Nutzungsprivilegien, wie z.B. die Anzahl von Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Er fragt nach der Sinnhaftigkeit dieser Vorgabe, weil sich dadurch die Anzahl der Wohnungen verringere und beantragt in der Anlage 5a „Verfahrensgrundsätze“ unter dem Punkt „Nutzungsprivilegien“ den 3. Anstrich zu streichen, der den Wortlaut hat:

- *Anzahl der Wohnungen mit mindestens 5 oder mehr Räumen in gebundenem, mietpreisgedämpften Wohnungsbau*

Herr Boede spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, da in der Stadt gerade solche Wohnungen fehlen.

Herr Dr. Niekisch stimmt dem zu; die Fraktion CDU stehe dem Beschlussvorschlag offen und aufgeschlossen gegenüber. Aber es gebe noch einige Kritikpunkte, wie z.B. die Größe der Lose. Die Fraktion meint, dies schade der Vielfalt der Architektur; favorisiert werde ein kleinteiliges Bauherrenmodell. Deshalb werden er und Frau Lüdcke sich heute der Stimme enthalten. Herr Rubelt betont, dass die befürchtete Monotonie im Rahmen der Juryarbeit zu berücksichtigen sei.

Herr Heuer betont, dass das Argument von Herrn Dr. Scharfenberg nicht von der Hand zu weisen sei. Die Zielsetzung, große Wohnungen zu schaffen, aber in den nächsten Baufeldern umgesetzt werden müsse. Wenn dies in den Änderungsantrag mit aufgenommen werde, könne er seine Zustimmung geben. Herr Dr. Scharfenberg stimmt dem zu und wird bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen geeigneten Vorschlag unterbreiten.

Bezug nehmend auf die Nachfrage von Frau Armbruster nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Land und dem Studentenwerk bezüglich der Kreditaufnahme führt Herr Rubelt aus, dass man sich im Gespräch befinde, aber noch kein Ergebnis vorliege. Übereinstimmung gebe es zur Zielstellung studentisches Wohnen zu schaffen, aber der Weg sei noch nicht klar.

Die Nutzungsprivilegien, so Herr Rubelt, halte er für wichtig, da sich daraus Gestaltungsmöglichkeiten ergeben und Anreize geschaffen werden. Der Bedarf, z.B. an großen Wohnungen sei da; werde dies in andere Baufelder verschoben, verschiebe sich auch das vorzuhaltende Angebot.

Nach der Beantwortung weiterer Nachfragen und einer umfassenden Diskussion einigen sich die Hauptausschussmitglieder darauf, dass der Änderungsantrag in modifizierter Form in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.08.2020 vorgelegt und abgestimmt werden soll.

Demzufolge stellt die stellvertretende Vorsitzende, Frau Armbruster die Beschlussvorlage in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Zur weiteren Konkretisierung der Beschlüsse 10/SVV/0412 („Integriertes Leitbautenkonzept“) und 16/SVV/0269 („Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV“) soll die Entwicklung des Blockes IV entsprechend des in **Anlage 1** dargestellten Blockkonzeptes sowie unter Beachtung der angepassten Ziele und Leitlinien gemäß **Anlage 2** erfolgen.
2. Bestandteil der Ausschreibung der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in Block IV sind die parzellenbezogenen konkretisierenden Vorgaben zu Gestaltung und Nutzung in den Gebäudepässen gemäß **Anlage 3**.
3. Für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke des Blockes IV mit 4 Losen laut Losplan gemäß **Anlage 4**, sind die Verfahrensgrundsätze gemäß **Anlage 5** anzuwenden. Für alle Lose ist zur Umsetzung der Gestaltanforderungen ein wettbewerbliches Verfahren durchzuführen.
4. Das Los 1 wird zum gutachterlich ermittelten Neuordnungswert direkt an die ProPotsdam GmbH vergeben. Das direkt an das Bildungsforum angrenzende Gebäude soll vorrangig der Nutzung öffentlich/gewerblicher Nutzungsinteressenten aus dem Bildungsforum dienen. Die entsprechend der Gebäudepässe für das Los 1 definierten Geschossflächen für Wohnen sind mit gefördertem und gebundenem Wohnraum herzustellen.
5. Das Los 2 wird zum gutachterlich ermittelten Neuordnungswert direkt an das Land Brandenburg oder einen geeigneten Partner vergeben, um studentisches Wohnen zu errichten.
6. Für die Lose 3 und 4 wird ein Vergabeverfahren gemäß **Anlage 5** durchgeführt. Die Grundstücksvergabe erfolgt zum gutachterlich ermittelten Neuordnungswert durch Anhandgabe an die im Verfahren ausgewählten Bestbieter oder bei Absage an dessen Nachrücker.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 3.4 Sitzungskalender 2021
Vorlage: 20/SVV/0524

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, betont, dass es um die Empfehlung zu den vorgeschlagenen Terminen für die Hauptausschusssitzungen gehe und bittet um Zustimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2021 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Beachvolleyballangebot im Volkspark erweitern
Vorlage: 20/SVV/0529

Fraktion CDU
zur Erledigung

Bezugnehmend auf die einstimmige Zustimmung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländliche Entwicklung, betont Herr Dr. Niekisch als Vorsitzender dieses Ausschusses, dass sich diese Zustimmung auf den ursprünglichen Antrag beziehe.

Für die laufende Saison sei es für die in der neuen Fassung und im Änderungsantrag favorisierte professionelle Anlage bereits zu spät und suche die Verwaltung bereits selbst nach entsprechenden Lösungen.

Herr Heuer betont, dass das was jetzt geschaffen werden könne, kein Ersatz für das sei, was verloren gehe und die Anlagen professionell unterhalten werden müssen.

Auf Nachfrage von Frau Armbruster wird seitens der Fraktion DIE LINKE bestätigt, dass der Änderungsantrag zurückgezogen werde.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Beachvolleyballangebot im Volkspark als öffentliches Angebot unabhängig von der professionellen Anlage und deren Realisierung bedarfsgerecht gestaltet werden kann. Dazu ist zu prüfen, wo und wieviel Plätze zusätzlich im Volkspark benötigt und gebaut werden können sowie ein Plan zur Realisierung zu erstellen.

Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist bis Oktober 2020 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 15
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Abberufung eines Mitglieds des Naturschutzbeirats
Vorlage: 20/SVV/0798

Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Auf Nachfrage von Herrn Boede, aus welchem Grund Herr Mey abberufen werden soll, entgegnet Herr Rubelt, dass dieser keine Begründung für seine Bitte auf Abberufung gegeben habe.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Herrn Wolfram Mey als Mitglied des Naturschutzbeirats der Amtsperiode von 2020 bis 2024 gemäß § 35 Abs. 2 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) i.V. mit § 1 Naturschutzbeiräteverordnung (NSchBV) abuberufen.

Eine Nachbesetzung ist nicht erforderlich, da ausreichend Stellvertreter berufen worden sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.2 Informationen zum Tag der Deutschen Einheit 2020

Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt), die unter dem Motto „Potsdam. Einzigartig. L(i)ebenswert.“ vorbereiteten Aktivitäten für die dezentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.

zu 5.3 Beitritt zum Zweckverband "digitale Kommunen Brandenburg"

Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, verweist auf die dazu vorliegende Beschlussvorlage für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.08.2020. Er wolle die Thematik vorab erläutern, um eine sofortige Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag zu ermöglichen.

Im Weiteren erläutert er an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) die bestehende Ausgangslage mit den zunehmenden Anforderungen an eine moderne und leistungsfähige IT-Infrastruktur. Der durch den Städte- und Gemeindebund initiierte Zweckverband digitale Kommunen habe sich im April dieses Jahres gegründet und übernehme klassische Aufgaben eines kommunalen Dienstleisters. Er geht im Weiteren auf die Eckdaten der Mitgliedschaft, deren finanziellen Auswirkungen und Vorteile sowie die nächsten Schritte zum Beitritt ein. Soweit die Stadtverordnetenversammlung zustimme, sei der September 2020 der nächstmögliche Beitrittszeitpunkt.

Zur Finanzierung des Zweckverbandes führt Frau Kühlewind aus.

Im Weiteren beantwortet Herr Jetschmanegg die Nachfragen, so von Frau Armbruster nach Möglichkeiten der Begleitung durch die Stadtverordnetenversammlung und von Herrn Teuteberg zu möglichen Alternativen.

zu 6 Sonstiges

Keine Themen